

Dresdner Volkszeitung

Herausgeber: Dresden
Kabel & Comp., Nr. 1258

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Eduard Köhler, Dresden,
Bauhof der Arbeiter-Kassen
und Gewerkschaften, L.-O. Dresden,
Gottfried-Kreutzler, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Vertrieb von Zeitungen nach dem Reichsgesetz vom 27. Januar 1910, § 11, ist durch diese Zeitung sichergestellt, welche durch die Zustellung der Zeitungen an die Hauptpostämter in Dresden sichergestellt ist.

Abonnement: jährlich 1,20 M., vierteljährlich 0,30 M., monatlich 0,10 M. (incl. Porto). Einzelnummern 5 Pf. (incl. Porto).
Abonnentenliste: Dresden, Hauptpostamt, Postfach 1111, ab 1. März 1931.

Verkauf: Einzelnummern 5 Pf. (incl. Porto).
Abonnentenliste: Dresden, Hauptpostamt, Postfach 1111, ab 1. März 1931.

Verkauf: Einzelnummern 5 Pf. (incl. Porto).
Abonnentenliste: Dresden, Hauptpostamt, Postfach 1111, ab 1. März 1931.

Dresden, Sonnabend, den 7. März 1931

42. Jahrgang

Erschießen!?

Will Todesstrafe gegen die ehemaligen Sozialdemokraten

Am 7. März. (Eig. Kunt.) In dem Moskauer Prozess gegen die „menschenwidrigen Schädlinge und Kriegsverbrecher“ (die ehemaligen Sozialdemokraten) beantragte die Internationale am Freitagabend nach einer langen Sitzung gegen fünf der Angeklagten Todesstrafe durch Erschießen, gegen fünf Angeklagte Gefängnisstrafe, gegen einen Angeklagten lebenslängliche Freiheitsstrafe.

Die Begründung seines Antrags erklärte er, daß auf der Anklagebank in Wahrheit die ganze zweite Internationale liege, die nicht müde werde, Solidarität mit den Angeklagten zu unterbreiten. Die Verantwortung für die den Angeklagten gelegten Verbrechen falle auf die zweite Internationale, die in mehr als hundert Ländern die Politik der Furcht und der Angst verbreitet habe. Die dort von den Angeklagten abgegebene Erklärung ist und an gemeiner Unterstellung kaum zu überbieten.

Die Angeklagten kämpfen für ihr Leben. Ihre „Beschuldigung“ ist eine „Unschuldenerklärung“ der Sozialistischen Internationale, die hoffentlich ein Zeichen werden wird, das die Menschheit zum Nachdenken bringt. Diese schrecklichen Verbrechen sind ein Hinweis auf die Herrlichkeit des Stalin-Regiments zu bezeugen.

Vor der Wehrdebatte

Am 7. März. (Eig. Kunt.) Am Montag wird der Reichstag mit der Beratung des Wehrgesetzes beginnen. Nach dem Berichterstatter wird die Wehrdebatte von einer Erklärung gegen den Reichsminister für Wehrwesen, dem Reichsminister Grafen Helldorf, beauftragt werden. Die Wehrdebatte wird durch den Reichsminister für Wehrwesen, dem Reichsminister Grafen Helldorf, beauftragt werden.

Der Reichstag wird durch den Reichsminister für Wehrwesen, dem Reichsminister Grafen Helldorf, beauftragt werden. Die Wehrdebatte wird durch den Reichsminister für Wehrwesen, dem Reichsminister Grafen Helldorf, beauftragt werden.

Der Reichstag wird durch den Reichsminister für Wehrwesen, dem Reichsminister Grafen Helldorf, beauftragt werden.

Vanzer und SPD.

Am kommenden Montag beginnt im Hauptsaal des Reichstages die Wehrdebatte. Dabei werden wichtige Entscheidungen fallen, auch über den Bau des Panzerkreuzers B. Die Sozialdemokratie steht vor einer schweren Entscheidung. Sie hat die Panzerkreuzerei bisher nicht nur abgelehnt, sie hat auch einen entschiedenen Kampf dagegen geführt. Wir haben uns gewissen Notwendigkeiten der Landesverteidigung nicht verschlossen, und die entsprechenden Entscheidungen unserer Magdeburger Parteitagessitzung lassen uns auch die Möglichkeit, dem Wehrstatut auszustimmen, wenn er entsprechend gestaltet ist, lassen der SPD die Freiheit, sich für die Reichswehr einzusetzen, sofern sie als ein Instrument der Republik anzusehen ist. Man könnte also sagen: Wehr doch die geplanten vier deutschen Panzer bauen; die anderen Länder haben Hunderte von Schiffschiffen zur Verfügung — warum soll also Deutschland nicht ein paar Schiffe zum Schutz seiner Rüste rumschwimmen lassen?

Wir haben in unseren Spalten mehrfach von Fachleuten darlegen lassen, warum angesichts der Not des deutschen Volkes die Panzerkreuzerei unsinnig ist. Diese Kräfte sind bei dem modernen Stand der Technik kein militärisches Spielzeug, sondern heute schon militärisches Spielzeug. Die Wehrdebatte ist ein Kampf um ein Wort anzuwenden, um dem Reich die Wehrdebatte einzuführen, die „größte Flotte“ von Deutschland zu fordern und ihnen sagen zu können: „Seht her, wir denken nicht daran, die Rüstungsbedürfnisse der Wehrdebatte zu erfüllen. Die Wehrdebatte ist ein Kampf um ein Wort anzuwenden, um dem Reich die Wehrdebatte einzuführen, die „größte Flotte“ von Deutschland zu fordern und ihnen sagen zu können: „Seht her, wir denken nicht daran, die Rüstungsbedürfnisse der Wehrdebatte zu erfüllen.“

Somit sieht sich bis jetzt beurteilen läßt, ist die Mehrheit unserer Reichstagsfraktion unter diesen Umständen dafür, sich der Stimme zu enthalten. Damit würde der Panzerbau auch ohne die Deutschnationalen und Rational-

sozialisten im Reichstag seine bürgerliche Mehrheit erlangen. Innerhalb der Partei geht gegenwärtig der Streit darum, ob diese Haltung der Fraktion richtig oder falsch ist. Ein Teil der sachlichen SPD-Fraktion (Blauen, Jendau, Gerny, Böhm) ist gegen die Tolerierung der Regierung Wehrdebatte; selbstverständlich wünschen diese Kräfte erst recht die Ablehnung des Panzerkreuzers. Das Leipziger und das Wehrdebatte-Organ haben sich bereits in dem Sinne ausgesprochen, daß man es wegen des Panzers nicht zu einer Regierungskrise kommen lassen sollte. Die Leipziger Volkszeitung weist darauf hin, daß a. B. für die sozialistische Arbeiterpartei sich ein solcher Kampf schwerlich zur Frage des Parteiprestiges gestalten könnte, und jagt zum Schluß:

„Wieviel kostet der Panzerkreuzer nur 75 Millionen Mark. Das ist doch im Rahmen des 10-Milliarden-Etats. Eine Erhöhung des Wehretats wird damit ebenfalls nicht herbeigeführt. Der Panzerkreuzer wird aus den überbrügten 700 Millionen finanziert. Aber all das könnte nicht das Vermittlungssein, wenn unter normalen Verhältnissen entschieden werden sollte. Jetzt wird der Panzerkreuzer zum Wendepunkt der Politik, die seit dem 14. September die Legalisierung des Faschismus verhindert hat. Die Sozialdemokratie hat die Verantwortung für die Notverordnung vom 2. Dezember übernommen, die einen weitgehenden Umbau der gesamten Steuerlasten mit sich brachte. Ihre Auswirkungen sind von jüdischer Bedeutung für die gesamte Arbeiterklasse. Soll nunmehr der Panzer der Rettungskraft für den Faschismus sein!“

Allerdings, es handelt sich nicht mehr darum, ob der Panzer gebaut werden soll oder nicht, sondern ob Brüning bleibt oder vor den Nazis kapitulieren muß. Politiker, für die der Faschismus, der Kampf für Frieden und Abrüstung bisher Hauptinhalt ihres politischen Wirkens war, finden unter diesen Umständen den Panzerkreuzerbau erträglicher als eine Naziregierung, die ohnehin ein Verträgen mit der Wehrdebatte darstellen würde. So hat sich der bekannte sozialistische Vorkämpfer Helmuth von Gerlach in der Welt am Montag darüber ausgesprochen, daß für die Sozialdemokratie unter den obwaltenden Verhältnissen eine positive Haltung zum Panzerkreuzerbau das kleinere Übel sein müßte. Helldorf bricht sich Genosse Gerhard Seeger, M. d. R., Redakteur unserer Dessauer Parteiblattes und ebend. Sekretär der Deutschen Friedensgesellschaft, aus. Auch er steht in den vordersten Reihen des sozialistischen Lagers. In einem Korrespondenzartikel schreibt er zum Schluß:

„Es gibt danach, von den vorliegenden Darlegungen ausgehend, nur einen Grund, weshalb man die erste Rate des Panzerkreuzers B im Etat passieren lassen

Bauen tut not

Der Deutsche Ausschuss für wirtschaftliches Bauen veranlaßte heute in Leipzig eine Kundgebung „Bauen tut not“, an der Vertreter der Spitzenorganisationen der Bauwirtschaft und eine Anzahl kommunaler Organisationen teilnahmen. Auf dieser Sitzung führte der Syndikus Schubert unter anderem folgendes aus:

Die Jahre 1926 und 1927 brachten uns aber einen erwünschten Kapitalzufluss vom Auslande, der den wirtschaftlichen Aufschwung anregte. In den gleichen Jahren erleben wir einen Rückgang der baugewerblichen Produktion, der im Wohnungsbau 1926 mit 8,5 Milliarden Mark, im öffentlichen und gewerblichen Bau 1928 mit fast 8 Milliarden Mark und 1929 mit etwas über 5 Milliarden Mark seinen Höhepunkt erreichte. Unabhängig vom Ablauf der Konjunktur, ja unbeeinträchtigt vom angespannten Kapital- und Geldmarkt gegen Ende des Jahres im Hinblick auf die umfängliche Bauwirtschaft. Sie lag alljährlich im Wert des deutschen Baus in der Tätigkeitssphäre. 8 Millionen der beschäftigten Arbeiter fanden alljährlich in der Bauwirtschaft Beschäftigung, die doppelte Zahl, wenn wir an die Ausleistung der Bauten mit technischen Einrichtungen, Tapeten, Stoffen, Möbeln usw. denken. 8 Milliarden Mark Werte produzierte diese Bauwirtschaft in den besten Jahren, und heute ist die Bauwirtschaft mit der großen Zahl der in der Bauwirtschaft Beschäftigten in die allgemeine Krise hineingerissen. Die Zahl der Bauarbeiter fiel von 24 000 im Jahre 1928 auf 81 000 im Jahre 1927, auf 22 000 im Jahre 1928, auf 23 000 im Jahre 1929. Die entsprechenden Zahlen der beschäftigten Arbeitnehmer sind 900 000, 850 000, 486 000, fast 900 000. Heute erleben wir Zusammenbruch auf Zusammenbruch unter Verlust von Kapital und Freisetzung von Menschen.

Dann sprach der Generaldirektor Knoblauch, Vorsitzender des Ausschusses der Deutschen Bau- und Bodenbank, der zahlenmäßige Angaben darüber machte, wie schlecht die Aussichten für die Bauwirtschaft im kommenden Jahre sind. Im Jahre 1930 seien 270 000 Wohnungen vergeben

worden. Das Wohnungsbauprogramm für 1931 sehe eine Einschränkung auf 215 000 Wohnungen vor. Knoblauch glaubt aber, daß aus den zur Verfügung stehenden Mitteln der Hauszinssteuer nur 80 000 Wohnungen finanziert werden können. Die vom Reich geplanten, aus Privatmitteln und mit Zinsküffnissen zu finanzierenden 50 000 Wohnungen dürften überhaupt nicht ausgeführt werden. Damit würde die Wohnbautätigkeit um zwei Drittel gegen 1930 verringert werden. Wenn man ferner bedenke, daß die Wohnungen noch um 20 Prozent teurer werden, so schrumpfte das Wohnungsbauprogramm sogar auf ein Viertel des Umfangs von 1930 zusammen.

Der Redner forderte dann, daß der Reichsrat sobald wie möglich die Ausführungsbestimmungen über die Bürgerschaftsübernahme des Reiches verabschiede, ferner sollte ein Borgriff auf die Mietzinssteuermittel von 1932 gehen werden. Außerdem sollten Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge und der Wohlfahrtspflege für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Der Redner hofft, daß auf diese Weise ein weiteres Wohnungsbauprogramm von 80 000 bis 100 000 Wohnungen durchführbar sein werde.

Diese Ausführungen zeigen wieder, welche großen Schwierigkeiten die Regierung Brüning damit begibt, daß sie die Mittel für die Bauwirtschaft über die Mietzinssteuer für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen. 100 000 Wohnungen weniger, das bedeutet eine Verärgerung der Arbeiterschaft um dreihunderttausend im Durchschnitt des Jahres.

Es muß alles getan werden, um für die Mittel, die dem Wohnungsbau durch die Notverordnung entgangen sind, Ersatz zu schaffen.